GEDANKEN ZUM JAHRESENDE
Ein kurzer politischer Rückblick und Ausblick SEITE 2

TRAUERSPIEL IN 3 AKTEN
Landtagsfraktion stimmt gegen Antrag zur Volksbefragung Seite 4

ETWAS STINKT GEWALTIG
Kreistagsfraktion fordert Transparenz von Land und Kreis Seite 3

der WELLENBRECHER
Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg

DIE LINKE. Kreisverband Nordwestmecklenburg

7. Jahrgang / Ausgabe 42 - Nr. 4 / 2018 www.die-linke-nwm.de

Programmdiskussion ist eröffnet

Kreisparteitag stellt Weichen für Kommunalwahl im kommenden Jahr

Bericht von Uwe Boldt

Auf dem Kreisparteitag am 17.11.2018 in Grevesmühlen wurden Simone Oldenburg und Horst Krumpen für den Europawahlparteitag am 23. und 24. Februar in Bonn zur Verabschiedung des Wahlprogramms und Aufstellung der Kandidatenliste für die Europawahl, als Delegierte gewählt. Hauptschwerpunkt war jedoch an diesem Vormittag die Vorbereitung der Kommunalwahlen 2019.

In seiner Eröffnungsrede brachte der Kreisvorsitzende unserer Partei, Horst Krumpen, mit anschaulichen Worten die politischen Turbulenzen in unserem Land in Erinnerung. Er machte deutlich, dass die Regierungsparteien sich in einer tiefen Krise befinden.

Die öffentliche Zustimmung zu allen drei Regierungsparteien befindet sich in stetem Sinkflug. CDU/CSU und SPD vermitteln durch ihre ständigen Auseinandersetzungen, ihre konzeptionslosen Politikankündigungen nicht nur einen unbeholfenen, sondern auch einen unfähigen Eindruck. Immer mehr Menschen erkennen, dass die Bundesregierung nicht mehr in der Lage ist, wichtige Probleme für die Menschen in unserem Land zu lösen. Stichworte wie Dieselskandal und damit verbunden der Umgang mit der Autoindustrie, Wohnungsnot und Mietenexplosion, Pflegenotstand usw. belegen diese Situation anschaulich.

Darauf Bezug nehmend stellte Horst die Situation unserer Partei in der öffentlichen Wahrnehmung dar. Er zeigte auf, dass es uns leider nicht gelingt, unser Profil in der Öffentlichkeit zu schärfen und unsere Kernthemen wie soziale Gerechtigkeit, Frieden, umfassende demokratische Mitbestimmung, Bildungsgerechtigkeit usw. als alternatives politisches Angebot für die Bürger sichtbar zu machen. Den Regierungsparteien laufen die Wähler weg - und nur wenige kommen zu uns.

Statt dass wir den Bürgern unser Politikangebot durch die Berliner Partei- und Fraktionsführung unterbreiten, streiten sich einige Führungskräfte über Befindlichkeiten, über Themen, die aktuell gar nicht auf der Tagesordnung stehen, über unterschiedliche Interpretationen von unkonkreten Aussagen im Parteiprogramm. Und zu allem Überfluss auch immer über alle möglichen öffentlichen Medien und gegen Mitglieder der eigenen Partei.

Der Kommunalwahlkampf kann nicht vom allgemein wahrgenommenen Erscheinungsbild vollständig abgekoppelt werden. Diese Situation macht es uns im kommenden Frühjahr nicht einfacher, unsere Politikangebote den Menschen in Nordwestmecklenburg näher zu bringen.

In diesem Zusammenhang schätzte Horst Krumpen ein, dass sich die Landtagsfraktion in ihrem geschlossenen Auftreten wohltuend von der Berliner Situation abhebt. Es ergeben sich viele Themen, die gemeinsam aufgegriffen und bearbeitet werden.

Aktuell ist die Schönberger Deponie auf die Tagesordnung gerückt, die als Landesunternehmen offensichtlich einige dringend aufzuklärende Ungereimtheiten bezüglich der Belastung von kontaminiertem Sondermüll aus Italien sowie weitere Müllieferungen aus Dänemark und Irland in die Schlagzeilen geraten ist. Die Landrätin Frau Weiß hat als Aufsichtsratsmitglied hier besondere Verantwortung, die Menschen, die Natur und Umwelt im Umkreis der Deponie vor Schaden zu bewahren. Dazu hat der Kreisparteitag einen gesonderten Beschluss gefasst, der 6 konkrete Forderungen an die Landrätin zur Aufklärung und zum Schutz von Mensch und Umwelt stellt.

Neben den akuten Problemen stellte Horst Krumpen weitere längerfristige Aufgaben für die Arbeit der Kreistagsfraktion dar. So ist gerade im ländlichen Raum die soziale Infrastruktur deutlich zu verbessern. Der ÖPNV soll langfristig so umgebaut werden, dass die Inanspruchnahme deutlich steigen kann, das Streckennetz kreisübergreifend den Bedürfnissen der Menschen angepasst wird und somit der Individualverkehr zu Gunsten von Umwelt und menschlicher Gesundheit deutlich sinkt. Dabei ist der für alle Bürger kostenfreie Busverkehr kein Tabuthema, sondern gehört auf die Agenda für die kommende Wahlperiode.

Ebenso ist die gesundheitliche Versorgung durch neue Angebote, wie z.B. von kommunalen Arztpraxen, die an junge Ärzte vermietet werden, deutlich zu verbessern. Die Versorgung gerade der älteren Bevölkerung mit Bargeld über Sparkassenautomaten hat sich verschlechtert und muss korrigiert werden, das Behördenhandeln (z.B. Kfz-Anmeldung muss auch in der Kreisstadt Wismar möglich sein) ist leider an vielen Stellen noch nicht bürgerfreundlich. Hier ist weiterhin ein breites Feld für Verbesserungen.

All diese Themen sind im Entwurf des Wahlprogramms verankert und sollen bis zum Januar in den Basisgruppen diskutiert werden, um weitere Vorschläge, Veränderungen vorzuschlagen, die dann in den Programmentwurf eingearbeitet und auf dem Kreisparteitag im Januar 2019 verabschiedet werden soll.

Stadtverband Wismar wählte seine Kandidaten

Der Stadtverband Wismar wählte bereits am 03.11.2018 seine Kandidaten für die Bürgerschaftswahl 2019 und diskutierte erste Gedanken zum Wahlprogramm.

Alle Mitglieder sind aufgerufen, sich in der Diskussion zum Programm einzubringen, um anspruchsvolle linke Ziele für die kommende Wahlperiode zu formulieren, die dann auch breite Zustimmung bei den Wismarer Bürgern erfahren.

Folgende Schwerpunkte zur Bürgerschaftswahl 2019 wurden vom Vorstand vorgestellt:

DIE LINKE will mit der Arbeit Ihrer Bürgerschaftsfraktion:

- Die soziale Gerechtigkeit in der Stadtgesellschafft wieder in das Zentrum des Handelns rücken !
- Die Zukunftsfähigkeit der lebendigen, weltoffenen Hansestadt Wismar stärken !
- Die Mobilität für alle Altersgruppen und jeden Geldbeutel durch ein alternatives Nahverkehrskonzept erhöhen !
- Die Lebensqualität in allen Teilen der Stadt durch ein ansprechendes soziales Umfeld verbessern !
- Die Möglichkeiten der Beteiligung für alle Einwohnerinnen und Einwohner deutlich verbessern !
- Die Demokratie stärken, um dem Rechtsruck in der Gesellschaft deutlich entgegenzuwirken !

Insgesamt stellten sich folgende 16 Kandidaten dem Votum der Mitglieder.

Die Listen im Detail:

Wahlbereich 1 (Wendorf/ Friedenshof):

Christa Hagemann- Horst Krumpen, Dr. Gabriele Sauerbier, Robert Alexander Warna, Prof. Dr. Marion Wienecke, Bernd Hilse, Sabine Wolny, Roland Kargel, Renate Lüders, Reinhard Sieg, Harald Kothe, Heinz-Otto Schönhoff, Andre Buchholz, Dr. Klaus Schiffer (parteilos), Detlef Bojahr, Andreas Behm

Wahlbereich 2 (Altstadt/ Dargetzow/ Kargenmarkt):

Renate Lüders, Horst Krumpen, Prof. Dr. Marion Wienicke, Roland Kargel, Christa Hagemann, Robert Alexander Warna, Sabine Wolny, Reinhard Sieg, Dr. Gabriele Sauerbier, Andreas Behm, Heinz-Otto Schönhoff, Andre Buchholz, Harald Kothe, Dr. Klaus Schiffer (parteilos), Detlef Bojahr, Bernd Hilse

Gedanken zum Jahresende 2018 und zur Wahl 2019

Wieder einmal nähert sich ein Jahr seinem Ende. Es ist immer ein Moment, um einmal kurz inne zu halten und einen Rückblick und Ausblick zu wagen.

Horst Krumpen begrüßt die Neumitglieder Udo Müller (BO Gadebusch), Stefan Pede (BO Altstadt), 3. Dr. Klaus-Jürgen Pede (BO Altstadt) und Horst Bartels (BO Bad Kleinen) (v.l.n.r.) in unserem Kreisverband

Politisch war es ein sehr gemischtes Jahr. Bundespolitisch geprägt von einer Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners. Oftmals, so der Eindruck, war selbst dieser kleinste gemeinsame Nenner kaum zu finden. Nachdem sich die „Partei der Besserverdienenden“ mit ihrem smarten Frontmann Lindner „mutig“ der Verantwortung entzogen hatte, blieb am Ende eine sogenannte Große Koalition. Eine Koalition deren Arbeit manchmal an die Sendung „Pleiten, Pech und Pannen“ erinnerte. Streit zwischen den ach so christlichen Unionsparteien auf der einen Seite und eine dahintaumelnde Sozialdemokratie auf der anderen Seite.

Während die SPD uns ein „Einfrieren“ des Rentenniveaus von 48% als großen Erfolg verkaufen will (selbst bei Helmut Kohl waren es 6% mehr und steuerfrei) und Minister Scholz kurz nach dem Kabinettbeschluss zur Erhöhung des Mindestlohnes auf 9,19 € offenherzig erklärt, 12 € Mindestlohn wären eigentlich notwendig, verliert die Partei eine Wahl nach der anderen. Der Kanzlerin ist es immerhin gelungen, mit ihrem Rückzug auf Raten alle Augen auf die Frage ihrer Nachfolge zu richten. Das Thema Seehofer/Maaßen erinnert viele noch einmal daran, warum sie doch lieber weiterhin dieser Politik fernbleiben…

Die Reichen sind auch in diesem Jahr wieder reicher geworden und gleichzeitig sind auch bei uns Millionen Kinder und alte Menschen von Armut bedroht.

Doch wir LINKE stehen bei all diesen Chancen für unsere soziale Politik leider auch nicht so erfolgreich da, wie es wünschenswert wäre. Leichte Zugewinne in Bayern und Hessen können da nur wenig Trost spenden. Bei all den Querelen innerhalb der LINKEN im Bund wird eines klar: Nur eine Partei, die geschlossen für die Menschen kämpft, wird auch gewählt. Es ist an der Zeit unsere Parteiführung zu ermahnen, sich auf die Gemeinsamkeiten zu besinnen, statt das Trennende zu suchen!

Im Land MV sieht es dank der hervorragenden Arbeit unserer Landtagsfraktion deutlich besser aus. In den Umfragen können wir Zugewinne verzeichnen und unter der Führung von Simone Oldenburg ist es gelungen, die Rolle der LINKEN im Land als Oppositionsführerin deutlich zu festigen. Diese Einigkeit gibt Mut und macht Hoffnung.

Also ein sehr durchwachsenes Jahr 2018. Das vor uns liegende Jahr 2019 fordert uns mit den anstehenden Kommunalwahlen als Kreisverband mit allen Kräften. Der Kreisparteitag hat einen ersten Entwurf des Programms verabschiedet und die Debatte hat begonnen. Die Kandidatenfindung ist eine echte Herausforderung. Unser Programm und unsere Kandidaten werden sich an der Realität messen lassen müssen, um bei den Wählerinnen und Wählern Zustimmung zu finden. Gemeinsam werden wir das schaffen.

Wir als Kreisverband kämpfen nach wie vor mit einem sehr hohen Altersdurchschnitt und den damit verbundenen Problemen. Auf dem letzten Kreisparteitag mussten wir der 10 verstorbenen Genossinnen und Genossen gedenken, die uns in diesem Jahr verlassen haben.

Wir konnten jedoch auch 6 neue Mitglieder in unseren Reihen begrüßen und ich hoffe auf weitere Zuwächse, die mit eurer Hilfe und durch eure engagierte Arbeit vor Ort den Weg zu uns finden.

Am 26 Januar stellen wir die Listen zur Kreistagswahl auf und verabschieden unser Programm. Der Wahlkampf für die Kommune und Europa wirft seine Schatten voraus.

Im Namen des Kreisvorstandes wünsche ich euch allen erholsame Feiertage und Zeit zum Nachdenken. Genießt die Zeit mit Familie und Freunden und sammelt Kraft für die vor uns liegenden Wahlkämpfe. Alle werden gebraucht - jeder an seinem Platz und mit seinen Möglichkeiten für eine starke geschlossene solidarische, plurale Partei.

In diesem Sinne
Euer Horst Krumpen
Kreisvorsitzender

Ergebnisse und Vorhaben der Fraktion Die LINKE in der Wismarer Bürgerschaft

Gegenwärtig gibt es eine positive Entwicklung der Stadt Wismar. Die Einwohnerzahl nimmt zu und damit auch die Kinder- und die Schülerzahl. Zwei neue Kindergärten und eine Grundschule werden gebaut. Im Jahr 2015 wurde das Theater fertiggestellt, im Jahr 2017 nach 7-jähriger Rekonstruktion das Schabbel-Museum und im Jahr 2018 das Parkhaus am Alten Hafen. Alle diese Vorhaben wurden von unserer Fraktion unterstützt. Inzwischen kennen wir erste Ergebnisse zur Auslastung des Theaters. Das Theater wird von der Bevölkerung gut angenommen. Das Ziel, die Besucherzahlen zu erhöhen, wird im Jahr 2018 erreicht werden.

Es gibt viele Straßenbaustellen in Wismar. Wir wissen, dass man manchmal im Stau viel Geduld braucht. Aber die Ergebnisse können sich sehen lassen. Die Kreuzung Schweriner Tor ist fertig und ein Schmuckstück geworden. Man darf nicht vergessen, das alle größeren Straßenbauvorhaben auch zur Komplettsanierung der Abwasserleitungen (die Alten stammen teilweise aus dem frühen 20. Jahrhundert und sind noch aus Holz) genutzt werden.

Ein besonderer Höhepunkt des Fraktionsjahres 2018 war die Bürgermeisterwahl im April. Natürlich haben auch wir die Wahlergebnisse diskutiert. Auffallend war die geringe Wahlbeteiligung. Woran liegt das? Haben die vielen Nichtwähler das Gefühl, dass ihre Interessen in der Stadt nicht vertreten werden?

Einige Entwicklungen in Wismar werden auch von uns sehr kritisch gesehen. Als Fraktion DIE LINKE achten wir auf die Entwicklung der freiwilligen Leistungen, der Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit, des öffentlichen Personennahverkehrs und der Bürgerbeteiligung. Dabei stoßen wir oft an Grenzen, da seit der Kreisgebietsreform die Zuständigkeiten geändert wurden. Wenn es um konkrete Verantwortlichkeiten geht, sehen wir leider immer wieder ein Gegeneinander des Landkreises und der Kreisstadt. Hier wünschen wir uns im Interesse der Bürgerinnen und Bürger einen ganz anderen Umgang und mehr miteinander.

Verkehr in Wismar – Mobilität für Alle

In der Fraktionsarbeit werden wir uns zunehmend mit der Mobilität für alle Bürger, dem Zusammenwirken des Fußgänger-, Fahrrad-, Auto- und öffentlichen Nah-Verkehr auseinander setzen müssen. Erste Schritte sind mit unseren Anträgen zum Fahrradverkehr erfolgt. Im Frühjahr regten wir an, auf das Fahrradfahren in der Fußgängerzone der Altstadt zu verzichten. Dieser Antrag hat zu vielen Diskussionen in mehreren Ausschüssen und auch in der Ostseezeitung geführt. Leider konnten wir uns dann mit unserem deutlich abgeschwächten Antrag, auf das Radfahren in der Fußgängerzone von April bis Oktober zu verzichten, auch nicht durchsetzen. Immerhin stimmte die Bürgerschaft dem 2. Teil dieses Antrags zu, das Wismar sich an der „Radsam-Kampagne“ für mehr Achtsamkeit von Seiten des Radverkehrs beteiligt.

In der Bürgerschaftssitzung im Juni 2018 regten wir mehr Fahrradstellplätze am Alten Hafen und Am Lohberg an. Es werden insgesamt 23 zusätzliche Fahrradbügel im Bereich des Alten Hafens aufgestellt, ein kleiner Erfolg. Im September beantragte unsere Fraktion den Beitritt der Hansestadt Wismar zum Initiativkreis und zur Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußgängerfreundliche Kommunen AGFK-MV. Das Ergebnis ist noch offen, da dieser Antrag in einem Ausschuss weiter beraten wird.

Mehr Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung funktioniert eigentlich nur, wenn man gut informiert ist. Eine Quelle kann ein gut gemachtes Stadtinformationsblatt sein. In Wismar ist das der Stadtanzeiger. Bisher wird der Stadtanzeiger einmal monatlich in gedruckter Form an alle Haushalte verteilt. Darauf müssen die Wismarer in Zukunft leider verzichten. Ab dem Jahr 2019 gilt: Einige Exemplare des gedruckten Stadtanzeigers liegen im Rathaus, im BürgerserviceCenter, in der Tourist-Info, in der Stadtbibliothek, im Bauamt oder beim EVB zur Einsichtnahme aus. Man kann sich den Stadtanzeiger gegen Erstattung der Auslagen zusenden lassen oder man kann ihn kostenfrei online als Newsletter bestellen. Unsere Fraktion hat lange vergeblich versucht, diese Einsparmaßnahme des Rathauses zu verhindern.

Vorbereitung der Kommunalwahl

Fraktionsmitglieder haben in den letzten Wochen mit unseren Mitgliedern und Sympathisanten viele Gespräche geführt. So konnten wir viele Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl 2019 gewinnen.

Von Harald Kothe

Etwas stinkt gewaltig – nicht nur auf dem Ihlenberg

Von Björn Griese

Offensichtlich stinkt der Müll auf Europas Sondermülldeponie auf dem Ihlenberg doch mehr, als er sollte. Nach dem Prüfbericht des „Sonderbeauftragten“ des Finanzministeriums, Stefan Schwesig – Ehemann der SPD-Ministerpräsidentin, gab es zahlreiche Grenzwertüberschreitungen bei giftigem Sondermüll z.B. aus Italien. Die Geschäftsführung der landeseigenen Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft (IAG) bezeichnete diesen Prüfbericht prompt als unseriös. SPD-Landrätin Kerstin Weiß zeigte sich zunächst verwundert und schlecht informiert als Aufsichtsratsmitglied.

Jedenfalls sollte es eigentlich gar keine Mülllieferungen aus Italien mehr nach Selmsdorf geben. Hastig wurde in der gemeinsamen Pressekonferenz von SPD-Finanzminister Brodkorb, SPD-Umweltminister Backhaus und CDU-Wirtschaftsminister Glawe sowie Landrätin Weiß verkündet: Nun werden die Giftmüllimporte gestoppt. Wenig später musste Harry Glawe zugeben, dass die bestehenden Verträge noch Lieferungen von 14.500 Tonnen Müll aus Italien und zudem 13.000 Tonnen aus Dänemark und Irland bis September 2019 vorsehen. Nichts ist also mit sofortigem Stopp.

Landrätin Weiß wusste das scheinbar schon vorher, denn sie zeigte sofort Zweifel in der Pressekonferenz an. Nun spielen hier scheinbar die Koalitionäre gegeneinander und mittendrin der Ehemann der Ministerpräsidentin, die sich zu dem Thema gepflegt zurückhält. Was für eine Motivation sollte der Prüfer haben, falsche Aussagen zu machen, die solch eine Verunsicherung bei den Anwohner*innen auslösen, wie ihm das die Geschäftsführung vorwirft? Hat der Aufsichtsrat wirklich nicht alle relevanten Informationen erhalten? Oder wurden nur einige Aufsichtsratsmitglieder in Kenntnis gesetzt? Etwas stinkt hier gewaltig zwischen SPD, CDU, Geschäftsführung und Aufsichtsrat! Obwohl der Beschluss schon Jahre zurückliegt, gibt es bis heute vom Land noch kein Datum, geschweige denn einen Plan zur Schließung der Deponie! Ein externes Gutachten soll die Vorwürfe nun bis Ende November klären.

Wir werden auch im Kreistag eine umfangreiche öffentliche Information einfordern. Es kann nicht sein, dass die Anwohner*innen hier Gefahren ausgesetzt werden! Hier fordern wir von der Landrätin als auch der Landesregierung sofort maximale Transparenz.

Nachruf

Am 21.10-2018 hat ein Kämpferherz aufgehört zu schlagen. Kurt Tarrach, ein aktives Mitglied unserer Partei, ist für immer von uns gegangen. Kurt wird uns immer in Erinnerung bleiben, hat er doch auf jeder Veranstaltung das Wort ergriffen und gut vorbereitet seine Meinung zur Diskussion gestellt. Vielen ist Kurt Tarrach auch aus seiner aktiven Zeit auf der Mathias-Thesen-Werft bekannt. Mit großem Engagement hat er sich für die Belange der Werftarbeiter eingesetzt.. Erst 1953 kam er mit seinen Geschwistern aus Ostpreußen nach Wismar. Hier stürzte er sich, erst 18 jährig ins Leben. Kurt wurde Schweißer auf der MTW, absolvierte in der Abendschule ein Studium, dass er mit zwei Ingenieur-Abschlüssen beendete. In vielen verantwortungsvollen Funktionen leistete er seinen Beitrag für eine friedliche Welt. Dies war ihm als Flüchtling im Ergebnis des II. Weltkrieges immer sehr wichtig. Wer Kurt kannte, kann bezeugen, dass er mit seinem ganzen Herzblut für unsere gemeinsame Sache gekämpft hat. Sein plötzlicher Tod hinterlässt eine Lücke in unserem Leben. Der Stadtverband Wismar wird Kurt ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Heinz Otto Schönhoff

Die Mitglieder der Redaktion wünschen unseren Lesern und ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes Jahr 2019.

Die Volksbefragung - ein Trauerspiel in 3 Akten

Von Simone Oldenburg

Vielleicht wollte sich ja die SPD bei ihrer Idee von der Volksbefragung von Willy Brandt inspirieren lassen und mehr Demokratie wagen. Aber das, was sie bei ihrer Verfassungsänderung vorhat, ist weder mehr Demokratie, noch gewagt, noch im Sinne von Willy Brandt.

Es ist nicht einmal neu, dass Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern direkten Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können. Volksinitiativen, Volksbegehren, Volksentscheide – das ist Willensbildung aus dem Volke heraus. Das ist direkte Demokratie.

Wenn bei Volksinitiativen 15.000 Unterschriften vom Volk für ein Thema, das durch das Volk bestimmt wird, gesammelt werden, wenn also die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, was gefragt wird, wenn das Volk entscheidet, welches Thema auf den Nägeln brennt – dann ist das direkte Demokratie.

Und so gab es allein in der rot-schwarzen Regierungszeit in Mecklenburg-Vorpommern 12 Volksinitiativen. Zum Beispiel wurden 32.000 Unterschriften „Gegen den Bau des Steinkohlekraftwerkes in Lubmin“ gesammelt – aber: diese Volksinitiative hat die SPD-CDU-Koalition 2008 abgeschmettert. Mehr als 50.000 Unterschriften sammelte die Volksinitiative „Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in M-V“ – aber auch diese Volksinitiative wurde von der Koalition abgebügelt. Die zig-tausenden Unterschriften zur Volksinitiative „Für einen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde“ – auch dieser Wille des Volkes interessierte die SPD-CDU-Koalition einen feuchten Kehricht.

Von den 12 Volksinitiativen während der rot-schwarzen Regierungszeit, von denen alle die notwendige Anzahl der Unterschriften erreicht hatten – wurden alle 12 in den Wind geschossen. Wenn das Volk also an die Tür des Landtages klopft, dann blitzt das Volk bei SPD und CDU ab. Und diese Koalition der Ablehner will jetzt eine Bürgerbefragung in die Verfassung aufnehmen, wo sie doch bisher der Wille der Bürgerinnen und Bürger so gar nicht, so ganz und gar nicht interessiert hat. Denn wenn allein das Volk Probleme benennt, wenn das Volk die Regierung auffordert, ihre Politik zu überdenken, und beispielsweise das fatale Theater- und Orchesterstreichkonzert über Bord zu werfen, dann ist das offenbar zu viel direkte Demokratie, die am Lack der Regierung kratzt. Und genau deshalb soll jetzt die Bürgerbefragung eingeführt werden, eine weichgespülte Beteiligung.

Es wird also nicht um ein Thema der Befragung gerungen, es werden keine Argumente ausgetauscht über das Für und Wider eines Themas. Allein die Regierung und die Koalition entscheiden.

Hier spürt man nicht nur die Grenzen der Gewaltenteilung, hier soll eine direkte Demokratie von oben installiert werden.

Allerdings macht das von der Regierung gewählte Thema deutlich, dass es gar nicht vordergründig um Volkes Wille geht, sondern eher darum, dass das Volk einen Koalitionsstreit beenden soll, weil die Koalition dazu seit Jahren nicht in der Lage ist.

Denn für die Einführung des Wahlalters mit 16 Jahren gibt es in diesem Parlament seit vielen Jahren eine Mehrheit – allerdings ohne den Koalitionspartner CDU. Seit vielen Jahren hätten Jugendliche ab 16 das Wahlrecht bei Landtagswahlen haben können. Auch dieser Landtag hätte schon von diesen Jugendlichen mitgewählt werden können.

Aber, auch das sollte die Ministerpräsidentin dem Volk mitteilen, SPD und CDU haben mehrfach entsprechende parlamentarische Initiativen auch von meiner Fraktion abgelehnt.

Ich habe da aber noch eine viel bessere Idee: Warum, Frau Schwesig, initiieren Sie als Parteivorsitzende nicht einfach eine Volksinitiative zum Wahlalter mit 16? Die Jusos werden Ihnen sofort beispringen und auch meine Partei haben Sie dabei selbstverständlich an Ihrer Seite.

Eine andere Möglichkeit der direkten Beteiligung wäre auch, Sie würden das Volk befragen, in einer Volksinitiative, ob es überhaupt eine Verfassungsänderung will, ob es auf übergestülpte Fragen antworten will. 2007 haben wir das Volk entscheiden lassen, ob die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern geändert werden soll. Und wenn Sie dann – ganz gegen Ihre Gewohnheiten – diese Volksinitiative nicht vom Tisch wischen, dann haben wir auch ein Ergebnis – ganz ohne diesen Umweg und ohne diese Hast. Das vorgelegte rasante Tempo geht auf die Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU zurück. Dort haben sie Folgendes festgehalten: Ich zitiere: „Die Koalitionspartner werden durch eine Änderung der Landesverfassung die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um in wesentlichen Fragen Volksbefragungen durchführen zu können…“

Alleine diese Formulierung zeigt, wer hier der Bestimmer sein möchte. Die Koalitionspartner werden die Landesverfassung ändern… Nein, das werden Sie nicht, denn dazu brauchen Sie eine Zweidrittelmehrheit und die haben Sie einfach nicht.

Und als Sie den Koalitionsvertrag ausgehandelt haben wussten Sie bereits, dass Sie alleine die Verfassung nicht ändern können, weil Sie eben nicht über diese notwendige Stimmenmehrheit verfügen. Und dass Sie auch noch andere Themen in die Verfassung – naja – also inkludiert haben – das ist uns trotz der komplett fehlenden Kommunikation nicht entgangen.

Meine Fraktion ist derzeit weder von der Sinnhaftigkeit noch von der Art und Weise der Volksbefragung ausreichend überzeugt. Selbstverständlich finden wir es gut, wenn Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhielten, tatsächlich ihre Meinung zu grundsätzlichen Angelegenheiten der Landespolitik mitzuteilen. Aber so, wie es die Verfassungsänderung derzeit vorsieht, soll das Volk ja nur insoweit einbezogen werden, dass es nicht stört.

Dietmar Bartsch: Die Sowohl-als-auch-Kanzlerin

Die Ankündigung, dass sich Angela Merkel nach 18 Jahren vom Vorsitz der CDU zurückziehen wird, war das bedeutendste politische Ereignis dieser Woche. Der Schritt, den Parteivorsitz der CDU aufzugeben, die Kanzlerschaft bis zum Jahr 2021 allerdings behalten zu wollen, ist höchst bemerkenswert. Als der damalige Kanzler Schröder im Jahr 2004 den Parteivorsitz der SPD an Franz Müntefering abgab, war Angela Merkel eindeutig. Sie kommentierte diesen Schritt als „Autoritätsverlust auf ganzer Linie“ und als „Anfang vom Ende von Rot-Grün und der Anfang vom Ende von Kanzler Gerhard Schröder.“ (http://www.faz.net/aktuell/politik/schroeder-gibt-parteivorsitz-ab-1143846.html). Das sollte sich letztlich bewahrheiten. Auch später betonte sie immer und immer wieder, dass Kanzlerschaft und Parteivorsitz für sie zwingend zusammengehörten, zuletzt kurz vor der Landtagswahl in Hessen. Wie passt das zusammen? In gewisser Weise bleibt sie sich damit sogar treu.

Die Erzählung ist entscheidend. Sie wird durch die äußeren Umstände zum Rückzug gedrängt. Sie suggeriert damit, das Heft des Handelns in der Hand zu haben. Als Kanzlerin soll 2021 Schluss sein. Anders als bei Schröder, der die Übergabe des Vorsitzes an Müntefering als Chance auf weitere 4 Jahre Kanzlerschaft für sich einschätzte. Wir erinnern uns, die SPD war mit der unsäglichen Agenda 2010-Politik vor der Zerreißprobe. Die Abfederung der Kritik von SPD-Basis und Wählerschaft durch mehr Schultern war damals kein völlig abwegiger Gedanke. Ich gestehe, dass nach den Jahren der Schröderschen Selbstüberschätzung, tonal wie politisch, die besonnene Ansprache von Merkel auch bei mir an einigen Stellen als wohltuender empfunden wurde. Nicht umsonst hat sie ihren Wahlkreis in Vorpommern seit 1990 immer haushoch gewonnen. Eine Gefahr droht allerdings, wenn das zum alleinigen Merkmal der eigenen Politik wird: Wenn man eine Kanzlerschaft als Sowohl-als-auch begreift, sich mit einigen wenigen Ausnahmen nicht bekennt, das Abmoderieren von Problemen mehr Kraft und Zeit in Anspruch nimmt, als diese zu lösen, dann wachsen die Probleme.

Wir erinnern uns erneut. Sie ist die erste Frau in diesem wichtigen Amt. Sie ist aber nie durch besonderes Engagement für Gleichstellung und Gleichberechtigung in Erscheinung getreten. Sie ist eine Kanzlerin, die aus den neuen Bundesländern kommt. Gleichzeitig räumte sie dem Osten nie eine politische Priorität ein, wie sich, um nur ein Beispiel zu nennen, bei der Kabinettsbildung Anfang des Jahres zeigte. Ein einzelnes Feigenblatt an der Spitze bringt wenig, wenn es um die spezifischen Probleme des Ostens geht. Sie trifft 2015 eine humanistisch geleitete Grundsatzentscheidung in der Flüchtlingspolitik, lässt dann aber Länder und Kommunen im Regen stehen. „Wir schaffen das“ mutierte von der entschlossenen Ansage zum bloßen Versprechen. Sie lässt den Gesprächsfaden zu Putin nie abreißen und forciert zugleich eine harte Sanktionspolitik – nicht zuletzt zu Lasten der ostdeutschen Wirtschaft und Landwirtschaft. Im Ukraine-Konflikt zündelt, besänftigt und moderiert sie. Sie inszeniert sich als Europäerin und knebelt die Partner im Süden. Sie erklärt ambitionierte Klimaziele, um sie später kleinlaut wieder zu kassieren. Wieder und wieder betont sie die vermeintliche Alternativlosigkeit ihrer Politik und laviert so lange, bis am rechten Rand, krude Alternativen das Licht der Welt erblicken. Die politische Bilanz ihrer Kanzlerschaft ist bis heute durchwachsen und widersprüchlich. Ob sie bis 2021 weitermacht, sehe ich nicht, falsch wäre es zudem. Was ich aber erwarte und was darüber hinaus jeder Bürger und jede Bürgerin dieses Landes erwarten kann ist, dass es nun keine weitere monatelange politische Hängepartie gibt, wie bei den Jamaika-Verhandlungen zu Beginn des Jahres. Hier ist sie in der Pflicht.

Bezahlbare Miete statt fetter Rendite

35.000 barrierefreie Wohnungen fehlen in Mecklenburg-Vorpommern

Wir alle brauchen eine Wohnung, die zu unserem Leben passt und die wir uns leisten können. Doch inzwischen ist es vielerorts schwierig, diesen berechtigten Anspruch zu erfüllen. Die Mieten steigen und die Wohnungsfrage ist zur großen Herausforderungen unserer Zeit geworden. Auch in M-V blicken wir auf angespannte Wohnungsmärkte: Junge Menschen in der Ausbildung oder im Studium finden keinen Wohnraum mehr, größere Familien suchen vergeblich und ältere Einwohner*innen klagen über den Mangel an bedarfsgerechtem Wohnraum. Bereits 2014 fehlten 35.000 barrierefreie Wohnungen im Land, 2030 werden es 53.000 sein. Auch die touristisch geprägten Orte sind von Wohnungsknappheit betroffen. Mitarbeiter*innen im Service- und

Dienstleistungsbereich suchen erfolglos nach einer bezahlbaren Bleibe vor Ort. In Binz arbeiten, aber nicht in Binz wohnen dürfen, so werden Menschen ausgeschlossen, benachteiligt und Arbeitswege unnötig verlängert. In strukturschwachen ländlichen Regionen sieht es nochmal anders aus: Hier ist kommunaler Wohnraum zunehmend weniger bedarfsgerecht und somit unattraktiv. Leerstand, der nicht saniert wird; Leerstand, der Geld kostet. Kommunale Wohnungsunternehmen geraten immer weiter in eine wirtschaftliche Schieflage. Doch was wird dagegen getan? Der Bund stellt den Bundesländern jedes Jahr Geld zur Verfügung, um sozialen Wohnraum zu fördern. M-V erhält 2018 insgesamt über 52 Mio. Euro und nächstes Jahr 42 Mio. Euro Bundesmittel, vermutlich sogar mehr. Doch die SPD-CDU-Landesregierung setzt einen Teil der Mittel nicht ein. Stattdessen wandern jährlich mehr als 21 Mio. Euro in den allgemeinen Landeshaushalt und in Rücklagen. Das Land könnte sich selbst verpflichten, alle Gelder für die soziale Wohnraumförderung einzusetzen, damit mehr Wohnungen mit sozialen Mieten geschaffen werden. SPD und CDU lehnen diesen Weg jedoch ab.

Wir meinen: Der Staat muss Verantwortung übernehmen und die von der Bundesregierung bereitgestellten finanziellen Mittel vollständig für den sozialen Wohnungsbau einsetzen!

Von Eva-Maria Kröger, MdL

Ossis arbeiten mehr, dafür verdienen sie weniger

Dieser Vergleich ist keine Sensation, aber nach 28 Jahren deutscher Einheit eine Schande für die bundesdeutsche Regierung, diese Spaltung zw. West u. Ost, zwischen "Brüdern und Schwestern" nicht längst überwunden zu haben.

Was sagt der aktuelle Zahlenvergleich z. B. zwischen Hamburg und unserem Land M-V?

Arbeitete der Hamburger Arbeitnehmer im Durchschnitt 1263 Stunden pro Jahr und erhielt dafür ein Entgelt in Höhe von 40.771 €, so waren es beim Arbeitnehmer aus dem Nachbarland M-V 1353 Stunden bei einem Jahresverdienst von durchschnittlich 27.520 €.

Damit verdient der Hamburger Arbeitnehmer je Stunde ca. 12 € mehr als sein Kollege aus M-V. Dafür darf dieser rund 11 Tage mehr arbeiten, die ihm an der Reproduktion seiner Arbeitskraft fehlen. Dafür wird er von seinen Westkollegen auch noch als "Jammerossi" beschimpft.

Das mit dem Jammerossi stimmt sogar, denn nach 28 Jahren sollte er das Duckmäusertum endlich abgelegt haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren wissen, um seine Rechte kämpfen zu können, Tarifbindungen zu verlangen, sich bei Wahlen für die richtige Partei zu entscheiden, nämlich DIE LINKE, die real seine Interessen vertritt. Oder er sollte sich der linken Bürgerbewegung "aufstehen" für mehr soziale Gerechtigkeit anschließen, bevor er von den Rattenfängern des rechten und neonazistischen Randes vereinnahmt wird.

Alleine dieses Beispiel zeigt, in Deutschland ist dringend ein Politikwechsel im Sinne von mehr tatsächlicher sozialer Gerechtigkeit angesagt. Das erfordert konstruktives Handel.

Trident Juncture 2018 - Elchtest für die Nato

NATO-Manöver in Norwegen: Was soll der ganze Zauber?

In Norwegen läuft gegenwärtig bekanntlich die größte NATO Militärübung nach dem Ende des Kalten Krieges. Mit 50 000 Mann unter Beteiligung der (noch) Nichtmitglieder Schweden und Finnland.

Am 30.10.2018 veranstaltete Generalsekretär Stoltenberg für eine große Zahl von Journalisten In Trondheim eine Pressekonferenz. Erstellte Umfang und Verlauf des Manövers vor und betonte, dass Trident Juncture natürlich gegen kein spezifisches Land gerichtet ist. Glauben wollte dies niemand.

Russland natürlich auch nicht. Der Kommandeur der Baltischen Flotte, Admiral Wladimir Walujew, konstatierte, es sei doch bemerkenswert, dass da »Aufgaben von durch und durch offensiver Natur« von der NATO ausgeführt würden – und das nicht allzu weit von der russischen Grenze entfernt.

Die wahre Absicht ist nicht nur eine Bedrohung Russlands, sondern ist z.B. in der Tatsache zu finden, dass ein Teil des Geräts in Norwegen verbleibt. Damit sie im Fall eines Krieges nur das Personal heranführen müssen. Die zweite Aufgabe, die sie gleichzeitig erfüllen, ist die Aufklärung ihrer späteren möglichen Handlungsräume.

Gleichzeitig mit dem Großmanöver in Norwegen wird in der Ostsee seit dem 26. Oktober und noch bis 8. November die Übung »Northern Coasts 2018« abgehalten. Geübt wird zunächst im finnischen Schärenmeer und im Seegebiet vor den angrenzenden Ålandinseln, die zwischen Finnland und Schweden am Eingang zum nach Norden führenden Bottnischen Meerbusen liegen. Anschließend soll sich das Manöver auf Teile des Bottnischen Meerbusens selbst und laut Angaben der deutschen Marine auf den Eingang zum Finnischen Meerbusen erstrecken. Letzterer führt nach Sankt Petersburg.

Die Stärke der involvierten Truppen kann sich durchaus sehen lassen: An »Northern Coasts 2018« nehmen rund 4.000 Soldaten aus 13 Staaten mit 40 Schiffen und 30 Flugzeugen bzw. Hubschraubern teil. Eine ganze Menge, wenn man berücksichtigt, dass parallel das größte NATO-Manöver seit 1990 abgehalten wird.

Finnland, das offiziell noch neutral ist, stellt mit 2.000 Militärs das größte Kontingent.

Natürlich dient alles nur der Sicherheit der NATO Staaten und bedroht Niemanden.

Horst Neumann 30.10.2018 gestützt auf RT und jW

Aufstehen geht auf die Straße

Für Würde statt Waffen

von Karl-Heinz Bethke

Im Oktober veröffentlichte Udo Lindenberg einen neuen Hit “Wir ziehen in den Frieden“. Ein Lied, das tief bewegt und die eine Hymne einer neuen Friedensbewegung werden könnte.

Angesichts des Vorhabens der Groko den Wehr-Etat 2019 um fast viereinhalb Milliarden Euro zu erhöhen sowie der Ankündigung vom amerikanischen Präsidenten den INF Vertrag mit Russland zu kündigen und damit ein neues atomares Wettrüsten einzuleiten, stellt sich die Frage: „Was können wir dagegen tun?“ Die Mauer zwischen Ost und West fiel am 9. November 1989. Doch eine andere Mauer wurde in den letzten Jahren immer weiter hoch gezogen. Die Teilung in Deutschland in Arm und Reich, in die, die Macht haben und die, die sich ohnmächtig fühlen, verschärfte sich gefährlich. Diese Spaltungen bringen unsere Demokratie in Gefahr. Dagegen muss demonstriert werden.

Deshalb folgte ich am 09.11. dem Aufruf der Sammlungsbewegung „aufstehen“ und nahm an der Kundgebung für eine neue soziale Demokratie in Berlin vor dem Brandenburger Tor teil. Der 9. November - ein Tag mit großer Geschichte: die Novemberrevolution 1918, die Reichspogromnacht 1938, der Mauerfall 1989.

Nach dem stillen Gedenken an die jüdischen Opfer des deutschen Faschismus ergriff Marco Bülow (SPD) als erster Redner das Wort. Es folgten Ludger Volmer (Grüne), Uwe Hiksch (Naturfreunde Deutschland), Ingo Schulze (Schriftsteller) und zum Abschluss Sahra Wagenknecht. Eine passende musikalische Einlage steuerte Diether Dehm (Linker Politiker und Liedermacher) zwischendurch bei.

Angeprangert wurden die bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland. 10 % besitzen 60 % des Vermögens in diesem Land. Die Probleme im Niedriglohnbereich, der Leiharbeit, im Rentensystem, im Wohn- und Umweltbereich und bei der Pflege verschärften sich in den letzten Jahren, weil die Gesetze des deutschen Bundestages entscheidend dazu beigetragen haben. Auch Bundeskanzlerin Merkel hat ihren Anteil an dieser Entwicklung. Sie trug mit ihrer Politik zum Erstarken der AfD bei. Sahra Wagenknecht erinnerte an die Geschichte. Die Hitlerdiktatur war auch möglich, weil die Menschen in der Weimarer Republik nicht das Gefühl hatten, dass sich sozial etwas für sie verbessern würde.

Es ist genügend Geld in Deutschland vorhanden. Es muss „nur“ gerechter verteilt werden. Wir brauchen mehr Würde und nicht mehr Waffen. Allein als Linke werden wir das nicht verändern können. In der Sammlungsbewegung sehe ich aber eine Chance.

10 Jahre Stolpersteine

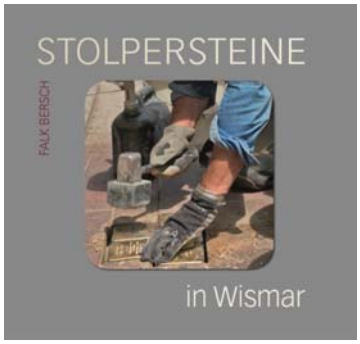
Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus in Wismar

Der Förderverein des Stadtarchivs der Hansestadt Wismar hatte am 05. November 2018 zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus in Wismar eingeladen. Im voll besetzten Versammlungsraum des Stadtarchivs berichteten der Leiter des Stadtarchivs Dr. Nils Jörn und der Autor Falk Bersch über die Erforschung der Schicksale der Opfer, die in der Broschüre „Stolpersteine in Wismar“ zusammengefasst sind. So wurde seit 2008 der Leidensweg von 23 Opfern erforscht und ihr Andenken mit Stolpersteinen geehrt.

Das Kunstprojekt STOLPERSTEINE wurde von Gunter Demnig entwickelt, indem am letzten freiwilligen Wohnort von Opfern des NS-Regimes kleine Gedenktafeln mit dem Namen und dem Schicksal im Gehweg eingelassen werden. So wurden seit 1995 in Deutschland und 20 weiteren Ländern Europas über 61 000 Stolpersteine verlegt. In Wismar hat Lilo Schumann 2006 begonnen, mit Mitstreitern aus dem Stadtarchiv und der Stadtverwaltung, Lehrern, Schülern und weiteren Bürgern das Projekt Stolpersteine mit Leben zu erfüllen. So beschloss 2007 die Bürgerschaft die Unterstützung des Projektes. Im Juli 2008 wurde der erste Stolperstein zur Erinnerung an den jüdischen Arzt Dr. Leopold Liebenthal in der Altwismarstraße verlegt.

In der Broschüren werden auch die Gründe für die Verfolgung durch das Nazi-Regime und die betroffenen Personengruppen benannt. So der menschenverachtende Hass auf die Juden, der kommunistische Widerstand, Zeugen Jehovas, Homosexuelle sowie kranke und behindere Menschen. Längst wurden nicht für alle in Frage kommenden Personen solch ein Gedenkstein verlegt. Erst mit fortlaufenden Recherchen findet man weitere Hinweise zu Schicksalen Wismarer Bürger, dazu gehören auch Forschungen zu Opfern aus den Reihen der KPD und der SPD.

Angesichts des Erstarkens rechter Kräfte in Deutschland ist die Auseinandersetzung mit der Zeit des Hitler-Faschismus, die Aufarbeitung und Erinnerung an ihre Verbrechen besonders wichtig. Die Einbeziehung vieler Bürger in die Erforschung, die öffentlichen Stadtführungen zur NS-Geschichte, die Verlegung der Stolpersteine und Veröffentlichungen in der Presse bzw. mit der Broschüre „Stolpersteine in Wismar“ leisten dazu einen wichtigen Beitrag.



Der Druck der Broschüre wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert. Die Broschüre ist im Stadtarchiv für 5 Euro zu erwerben.

Von Peter Vorbau

Beirat für Menschen mit Behinderung gegen Verfassungsänderung

Anlass ist die in der ersten Sitzung nach der Sommerpause im September 2018 im LT M-V beantragte Verfassungsänderung des Artikels 17a, mit der die Rechte behinderter Menschen neu gefasst werden sollten.

Es ist eine kleine, aber hinterhältige Neuformulierung, die die Rechte von Menschen mit Behinderung ganz klar einschränken soll.

Bisher heißt es in unserer Landesverfassung „**Menschen mit Behinderung bekommen besonderen Schutz durch Land, Kreise und Gemeinden gewährt“**.

Diese Passage soll ersetzt werden durch die Formulierung: „**Land, Kreise und Gemeinden setzen sich für die Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe von behinderten Menschen ein**“.

Damit wird der gesetzlich geforderte starke Schutzauftrag gegenüber betroffenen Menschen bewusst abgeschwächt.

Niemals darf das passieren!

Die der Verfassungsänderung zustimmenden Fraktionen von CDU und SPD im Schweriner Landtag verstoßen damit trotz der Proteste durch den Integrationsförderrat und den Bürgerbeauftragten des Landes, Herrn Mathias Crone, ganz klar gegen die UN-Behindertenrechtskonvention.

Mathias Crone: ***„Wir brauchen in den Verfassungsnormen Fortschritt und nicht Rückschritt“.*** Abschwächung und Rückschritt hat unsere Landesregierung schon genug bei der Umsetzung der Inklusion für Menschen mit einer Behinderung zugelassen.

Unsere Partei und die Fraktion im Landtag dürfen nicht dulden, dass eine solche Verfassungsänderung den Landtag passiert.

Wolfgang Griese

Beirat für Menschen mit Behinderung im Landkreis Nordwestmecklenburg

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Die nächsten Veranstaltungen des Freundeskreises Rosa-Luxemburg

Der Freundeskreis bereitet auch für das Jahr 2019 interessante Bildungsveranstaltungen vor.

Bereits am Dienstag, den 15. Januar, wird um 19.00 Uhr im Filmbüro an der Bürgermeister-Haupt-Straße der Film „Rosa Luxemburg“ der Regisseurin Margarethe von Trotta gespielt. An diesem Tag wurden vor 100 Jahren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von rechten Freikorps-Offizieren ermordet. Der Film zeigt die bewegte Lebensgeschichte der kämpferischen Sozialistin Rosa Luxemburg. In einer Mischung aus Spiel- und Dokumentarszenen wird die politische als auch private Seite der legendären Streiterin der Arbeiterbewegung und Kriegsgegnerin dargestellt.

In einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Stadtarchiv lädt der Freundeskreis am Montag, den 11. März um 19.00 Uhr zur Vorstellung des Buches „Märzkämpfe 1920 in Mecklenburg und Pommern“ in die Räume des Stadtarchivs ein. Der Autor Günter Gleising beleuchtet die Abwehr des reaktionär/militärischen Kapp-Putsches und die Märzkämpfe 1920 in den Städten und Dörfern des Landes. Im Buch werden die Opfer dieser Kämpfe als Bestandteil der Arbeiterkultur gewürdigt. Auch auf dem Wismarer Ostfriedhof erinnert ein Mahnmal namentlich an die in der Stadt gefallenen Arbeiter.

Von Peter Vorbau

100 JAHRE REVOLUTION BERLIN 1918/19

Über 4 Jahre tobte der erste Weltkrieg im Herbst 1918 schon. Die deutsche Bevölkerung hungerte, die Wirtschaft lag am Boden. Kriegsmüdigkeit und die zahllosen Toten an der Front waren mitausschlaggebend für den Drang nach Veränderung. Die militärische Niederlage des deutschen Reiches war nicht mehr aufzuhalten. Trotzdem gab die kaiserliche Marineführung den Befehl an die deutsche Kriegsflotte, in einem letzten Seegefecht gegen die britische Flotte „in Ehren“ unterzugehen. Die Matrosen in Kiel und Wilhelmshaven verweigerten den Befehl. Am 3. 11.1918 bildeten die Aufständischen den ersten Soldatenrat und verhandelten mit dem Marinekommando über bessere Lebensbedingungen und die Gewährleistung von Rede- und Pressefreiheit. Innerhalb weniger Tage bereitete sich der Aufstand in ganz Deutschland aus. Zu den Zielen gehörten ein schneller Frieden und demokratische politische Verhältnisse ohne Kaiser und Adelshäuser. Schon am Mittag des 09.11.1918 befand sich Berlin in den Händen von revolutionären Arbeiter und Soldaten. Einer der führenden Sozialdemokraten, Scheidemann, proklamierte die freie deutsche Republik. Karl Liebknecht rief vom Berliner Schloss die freie sozialistische Republik Deutschland aus. In der Nacht zum 10.11. floh Wilhelm II. nach Holland. Auch Mecklenburg wurde von den revolutionären Ereignissen erfasst. Mit einem Schulschiff kamen revolutionäre Matrosen unter Führung von Oberheizer Otte am 03.11. nach Wismar und andere mecklenburgische Städte. Sie informierten über den Aufstand in Kiel. Nach vielen Protesten und Versammlungen wurde am 07.11.1918 in Wismar der erste Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Neben Sofortaktionen zur Sicherstellung der Versorgung stellte der Rat so wie in ganz Deutschland Forderungen zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht, auch für Frauen, weniger Dienstzeit in der Armee und die Entlassung von Kriegsversehrten auf. Überall wurden rote Fahnen gehisst. Schon am 09.11. verkündete der SPD Vertreter Felve, die Revolution habe gesiegt, es ist genug Blut geflossen und alle Waffen seien abzugeben. Bei anschließenden Demonstrationen ließ der Standortälteste Major von Bassewitz Maschinengewehre in Stellung bringen. Oberheizer Otte mobilisierte wieder Arbeiter und Matrosen. Das Blutbad wurde verhindert. Major von Bassewitz musste sich öffentlich auf dem Marktplatz entschuldigen. In Schwerin besetzten revolutionäre Soldaten am 06.11. das Arsenal mit dem Waffendepot sowie das Post- und Telegraphenamt. Aus dem am 07.11. gebildeten Schweriner Arbeiter- und Soldatenrat entwickelte sich bis Ende November der Zentrale Rat für Mecklenburg und forderte die Vereinigung zu einer Republik. Großherzog Friedrich Franz IV. verzichtete für sich und seine Familie auf den Thron und dankte am 14.11. ab. Mecklenburg Schwerin und Mecklenburg Strelitz wurden republikanische Freistaaten. Die Novemberrevolution beseitigte auch die mittelalterlichen Verfassungen. Am 11.11. schloss Deutschland mit der Entente ein Waffenstillstandsabkommen. So waren ein schneller Frieden und neue politische Strukturen ohne Kaiser in greifbarer Nähe. Im Verlauf der Erhebungen verlagerte sich die aktivierende Rolle von den Soldaten auf die Arbeiterschaft. Neben dem Rat der Volksbeauftragten auf Reichsebene waren überall lokale Räte aktiv. In den Ländern bildeten sich provisorische Regierungen, die die Monarchien ablösten. Die SPD unter Friedrich Ebert war staatstragend orientiert. Sie hatte mit allen Mitteln ein „Chaos“ in Deutschland verhindern wollen und sich deshalb mit den alten Eliten des Kaiserreiches und der Wirtschaft verbunden. Das Reich sollte unter der Vorgabe von „Ruhe und Ordnung“ mit einer Nationalversammlung und bürgerlichen Verfassung demokratisiert werden. Mit Hilfe der von der Front zurückkehrenden Truppen wurden revolutionäre Tendenzen im Dezember 1918 und Januar 1919 in ganz Deutschland blutig nieder geschlagen. Deutsche Soldaten aus den Freikorps ermordeten am 15.01.19 die Mitbegründer der am 30.12.18 gegründeten KPD Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die blutige Konterrevolution, allein in Berlin im Jahr 1919 mit weit über 1200 Opfern, gingen auf das Konto des neuen Bündnisses der SPD Führung mit Ebert und Scheidemann mit den alten Eliten. Die Novemberrevolution erreichte in Deutschland einen Wandel der politischen Herrschaftsform, den Wechsel von der Monarchie zum bürgerlichen Parlamentarismus. Zu den Errungenschaften zählten weiterhin das allgemeine Wahlrecht, auch für Frauen, der 8 Stundentag, die Vereinbarung der Mitbestimmung der Beschäftigten durch Betriebsräte. Gleichzeitig garantierten die Gewerkschaften den Unternehmen, sie nicht enteignen zu wollen, wie es eigentlich sozialdemokratische Programmatik war. Die Eigentumsverhältnisse veränderten sich nicht, Strukturen der alten Armee blieben erhalten. Zwei wesentliche Gründe, die 1933 mit zur Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland führten. In den deutschen Medien wird dieser wichtige Teil der Geschichte vielfach ausgeblendet und das Ringen Tausender um ein besseres Deutschland kaum gewürdigt. Die Novemberrevolution war eine demokratische Revolution und eine verpasste Chance.

Von Karl-Heinz Bethke

Bundesarchiv, Bild 183-19483-0001
Foto: o.Ang. | 10. November 1918

Herzliche Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Oktober und November sowie im Dezember 2018 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an Hans Eggert zum 94. Geburtstag. Zum 92. Geburtstag gratulieren wir Gunhild Junker und Horst Kleibert. Zum 91. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Grete Müller und zum 90. übermitteln wir herzliche Glückwünsche an Gerhard Reichelt. Zum 89. Geburtstag erhält Heinz Brunme die herzlichsten Glückwünsche. Auf 88 Lebensjahre blickt Horst-Ulrich Kurth zurück und zum 85. gratulieren wir Benno Fahrhöfer. Alle guten Wünsche zum 84. Geburtstag gehen an Eva Mielke und zum 83.Geburtstag gratulieren wir Sonja Bahlk, Joachim Ewald, Hans-Peter Aurich und Paul Koeppe. Zum 82. Wiegenfest gratulieren wir Werner Müller und Helmut Oldenburg. Die besten Wünsche zum 81. Geburtstag gehen an Hildegard Pätzold und an Werner Freudenreich. Den 80. Geburtstag begehen Hubert Hausold, Bruno Neumann sowie Manfred Bandilla. Heinrich Jancker erhält herzliche Glückwünsche zum 75. Geburtstag und zum 70. Wiegenfest übermitteln wir die besten Wünsche an Helena Neumann, Elli Brusch und Emil Larek. Zum 60. Geburtstag gratulieren wir ganz herzlich Gabriele Sauerbier und Frank Wuttke. Herzlich Glückwünsche zum 55. Geburtstag übermitteln wir Helge Hartmann und zum 50. Wiegenfest gehen alle guten Wünsche an Aziz Imren und Andreas Schäfer.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.

der WELLENBRECHER
Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Lübsche Str. 70, 23966 Wismar

DIE LINKE. NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:
Sonja Bahlk, Karl-Heinz Bethke, Uwe Boldt, Helga Brauer, Wolfgang Griese, Peter Vorbau u. Frank Wuttke

Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 15.02.2018